

Volk will Zugang zu Unis beschränken

Umfrage zeigt grosse Sympathien für einen Numerus clausus bei den Geisteswissenschaften

Weniger Historiker, Soziologen und Sprachwissenschaftler: Die SVP-Forderung nach einem Numerus clausus findet breite Zustimmung. Das ergibt eine Umfrage der Bildungsforschung. **Von René Donzé**

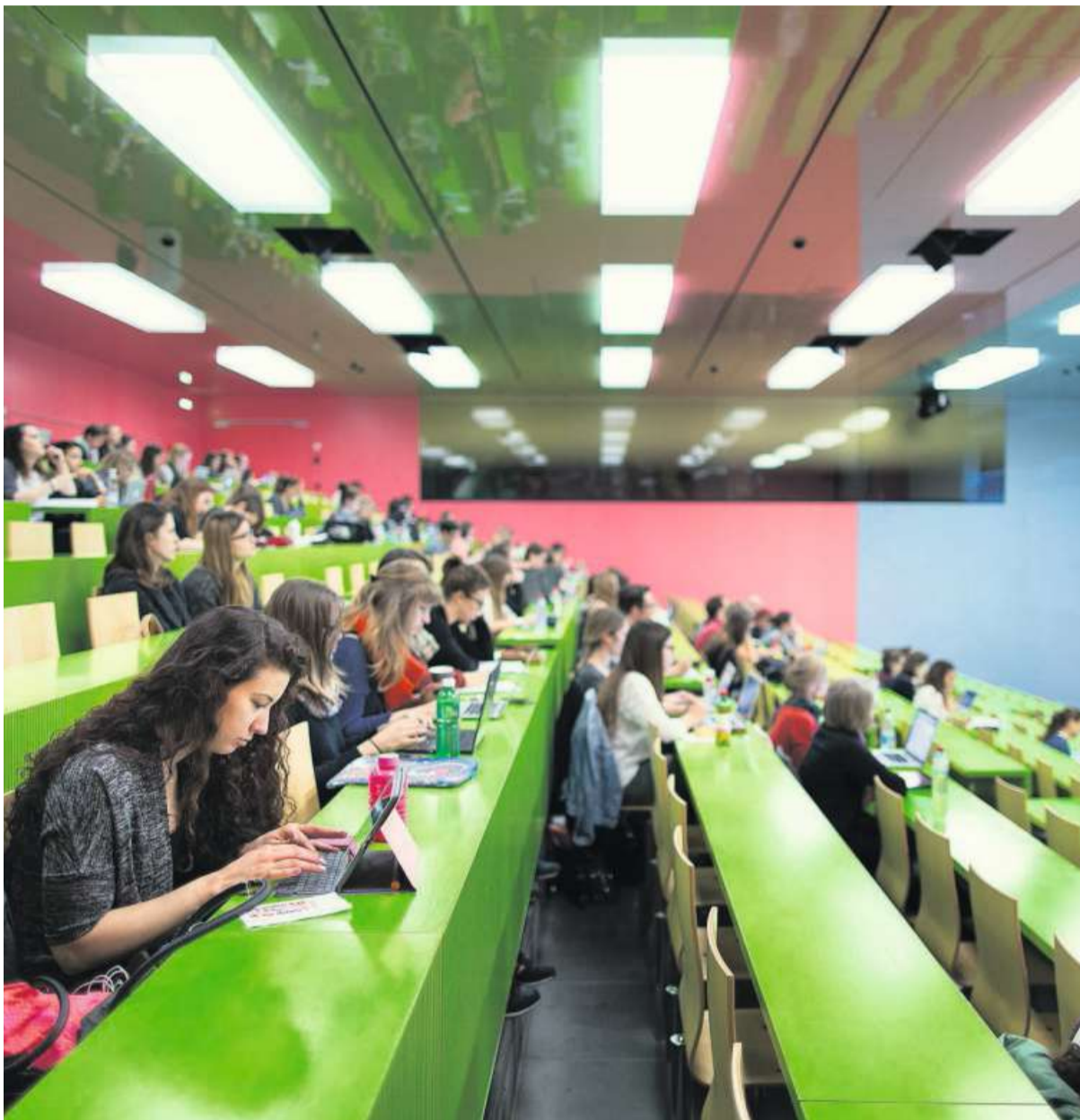
Sollen die Universitäten mehr Sozial- und Geisteswissenschaftler ausbilden, wo doch der Wirtschaft vor allem Techniker und Ingenieure fehlen? In den letzten zwanzig Jahren hat die Zahl der Studierenden der sogenannten «weichen Fächer» von gut 28 000 im Jahr 1995 auf knapp 45 000 zugenommen. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Fachkräftemangels in Industrie und Gewerbe hat darum die SVP im Frühling die Beschränkung des Zugangs zu den Studien in Sozial- und Geisteswissenschaften gefordert: «Die Universitäten sollen nicht derart an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft vorbei Sozialwissenschaftler produzieren, während wir in den exakten Naturwissenschaften einen Fachkräftemangel haben», sagt SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz.

Vor allem die Linken sind dagegen

Nun wird diese Diskussion von ungewohnter Seite befeuert. Der Berner Ökonom Stefan Wolter hat im Rahmen einer generellen bildungspolitischen Umfrage des «Swiss Leading House of Economics of Education» der Universitäten Bern und Zürich die Stimmung der Bevölkerung auch in dieser Frage sondieren lassen. Er kommt zum Schluss, dass die Zustimmung zu einem Numerus clausus für die Sozial- und Geisteswissenschaften überwiegt: Von 1500 Befragten sind 44 Prozent dafür, 36 Prozent dagegen, 20 Prozent haben keine Meinung (Grafik). «Das erstaunt mich», sagt Wolter. «Ich ging von einem grossen gesellschaftlichen Konsens darüber aus, dass die Schweizer Maturanden eine möglichst freie Hochschul- und Studienfachwahl haben sollen.»

Die Zustimmung steigt, je höher die Schulbildung der Befragten ist. Überraschend hoch ist sie vor allem bei Fachhochschulabsolventen (50%), bei den Uniabgängern halten sich Befürworter (45%) und Gegner (46%) die Waage. Erwartungsgemäss fiel das Ergebnis nach politischer Präferenz aus: Auf der linken Seite machen die Befürworter bloss 37 Prozent aus, auf der rechten sind es 45 Prozent.

Adrian Amstutz sieht sich durch diese Zahlen bestätigt: «Wir haben sehr viele positive Reaktionen auf unsere Forderung erhalten», sagt er. «Vor allem das Gewerbe und die Industrie hoffen auf eine Stärkung der Berufslehre und auf mehr Ingenieure.» Für SP-Nationalrat Matthias Aebischer hingegen wäre ein Numerus clausus «ein Schritt in die völlig falsche Richtung». «Die Schweiz hat das beste Bildungssystem der Welt, weil es fair und offen für alle ist. Das dürfen wir nicht mit solchen Ideen gefährden.» Für ihn offenbart die Um-



Ein Studienplatz kostet rund 12 000 Franken im Jahr: Psychologie-Vorlesung an der Universität Zürich. (13. 4. 2015)

Stefan Wolter



Der Berner Ökonom hat die Meinungen der Bevölkerung zum Numerus clausus untersucht.

frage vor allem eines: «Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die sich weder dafür noch dagegen ausgesprochen haben, mit dem heutigen System zufrieden sind.»

Aufklärung stärkt Befürworter

Das ist indes alle andere als klar. «Insgesamt scheint, dass mit mehr Informationen der Anteil der Befürworter leichter erhöht als gesenkt werden kann», sagt Wolter. Er hat die Befragten in vier Gruppen zu je 1500 Personen aufgeteilt und diese unterschiedlich informiert. Die erste Gruppe (Grafik) erhielt keine Zusatzinformationen. Der zweiten wurde gesagt, dass der Anteil der Studierenden in Sozial- und Geisteswissenschaften bei 31 Prozent liegt. Der dritten Gruppe wurde gesagt, dass 18 Prozent der erwerbstätigen Absolventen dieser Studien ein Jahr nach Abschluss nicht ausbildungsadäquat beschäftigt sind. Und der vierten wurden die jährlichen Kosten

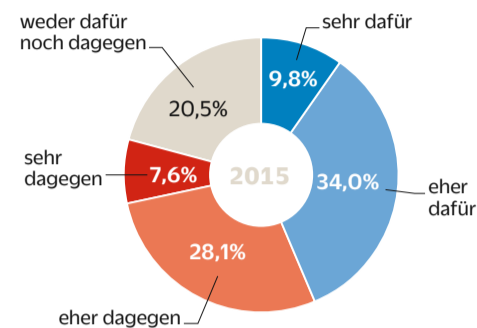
von 12 000 Franken pro Studienplatz aufgeführt, im Vergleich zu 24 000 Franken bei den Naturwissenschaften. Die ersten beiden Informationen haben die Zustimmung erhöht. Die letzte hat sie wieder gesenkt - ausser bei den schlecht Gebildeten, die offenbar selbst 12 000 Franken noch zu viel fanden.

Für Aebischer ist das eine Frage der Formulierung. Er sagt: «Das Studium in Sozial- und Geisteswissenschaften ist das günstigste überhaupt. Und fünf Jahre nach Abschluss ha-

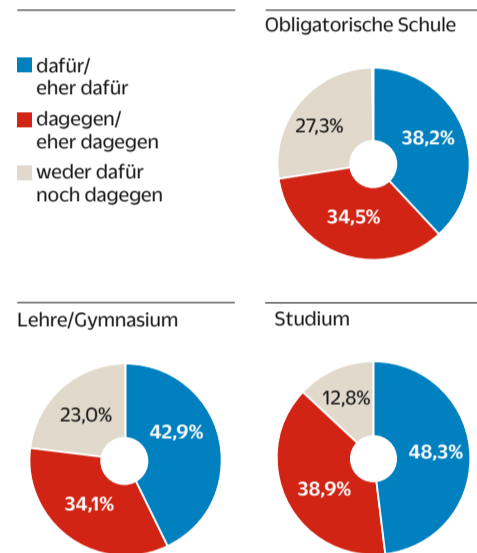
«Auf die Länge können sich die Geisteswissenschaftler besser auf dem Arbeitsmarkt bewegen, weil sie allgemein qualifiziert sind.»

Grosse Zustimmung

Haltung aller Befragten zum Numerus clausus für Sozial- und Geisteswissenschaften



Resultate nach Schulbildung der Befragten



Quelle: Umfrage Swiss Leading House of Economics of Education

ben alle einen Job.» Das müsse man einfach richtig vermitteln. Ins gleiche Horn stösst Markus Zürcher, Geschäftsführer der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften: «Auf die Länge können sich die Geisteswissenschaftler besser auf dem Arbeitsmarkt bewegen, weil sie allgemein qualifiziert sind.» Tatsächlich sind fünf Jahre nach dem Studium bloss 2,8 Prozent von ihnen arbeitslos gemeldet, bei den Naturwissenschaftlern sind es 3,8 Prozent. «Wohin ein Numerus clausus führt, sehen wir in der Medizin, wo wir nun die Hälfte unserer Ärzte aus dem Ausland holen müssen», sagt Zürcher.

Dessen ungeachtet will die SVP das Thema weiter bewirtschaften. «Wir stehen in Kontakt mit unseren Kantonalparteien in dieser Sache», sagt Amstutz. In Bern und Basel-Stadt wurden bereits Vorstösse eingereicht. «Wenn diese keinen Erfolg bringen, sind auch Initiativen auf Kantonsebene denkbar.»

Ärzteausbildung

Nationalrat überprüft Einsatz von Steuergeld

Im Nationalrat kommt Skepsis auf betreffend die Verwendung der 1,2 Milliarden Franken, die Bund und Kantone jedes Jahr den medizinischen Fakultäten der Schweizer Universitäten ausschütten. Darum will die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats von Bildungsminister Johann Schneider-Ammann (fdp.) Genaueres über die Verwendung der öffentlichen Gelder für die universitäre Medizin wissen.

«In einem Schreiben an den Bundesrat haben wir vier Fragen gestellt», sagt GPK-Präsident Rudolf Joder (svp.). Erstens: Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Mittel auch wirklich zu mehr Masterabschlüssen in der Medizin führen? Zweitens: Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Bund, die Hochschulen zu verpflichten, die Mittel möglichst für die Ärzteausbildung zu verwenden? Und weiss man drittens, für welche Bereiche das

Geld eingesetzt wird? Schliesslich: Wie hoch ist der Betrag, der in die Ausbildung von Humanmedizinern fliesst?

Margrit Kessler, grünliberale Nationalrätin und Patientenschutzlerin, hat das Thema auf die Agenda der GPK gebracht. «Es besteht der begründete Verdacht, dass die Millionen des Bundes versickern», sagt sie. 63 Prozent würden in die Forschung gesteckt, 21 Prozent in die Ausbildung von Assistenzärzten. «Nur gerade 16 Prozent sind für die Medizinstudenten reserviert», erklärt Kessler weiter. Das sei zu wenig. Ausserdem wisse man heute überhaupt nicht, wie Forschungsgelder eingesetzt würden. «Fachleute sagen, dass die Hälfte dieser Gelder nicht für Forschung, sondern für die Universitätskliniken ausgegeben werden», sagt Kessler.

Das Geld werde vermutlich in Infrastruktur und Löhne investiert. «Und zwar in Löhne

von Ärzten, die vorwiegend im Ausland ausgebildet wurden», ergänzt Kessler. Dabei wären die Gelder für die Ausbildung von einheimischen Nachwuchs reserviert.

GPK-Präsident Rudolf Joder bringt das Problem mit einem Vergleich auf den Punkt: «2013 wurden an der ETH mit 2,4 Milliarden Franken des Bundes insgesamt 2292 Masterdiplome erreicht. Im Vergleich dazu haben die Universitäten mit 1,2 Milliarden Franken nur gerade 786 Medizin-Masterabschlüsse erreicht.» Die GPK wüsste nun gerne, sagt Joder,

1,2 Mrd. Fr.

So viel bezahlen Bund und Kantone jedes Jahr den Universitäten für Bildung und Forschung in der Medizin.

wie die Universitäten diese Diskrepanz erklären.

Die Hochschulkonferenz (SHK) will zu diesen Fragen noch keine Stellung nehmen. «Die SHK wird zum gegebenen Zeitpunkt die Frage der Finanzierung der Humanmedizin behandeln», heisst es dort. Auch im Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung von Schneider-Ammann gibt es vor derhand keine Auskunft. Die GPK erwartet von dort bis Anfang September eine Antwort.

Wenig anfangen mit der Forderung der GPK kann die Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW). Deren Präsident Peter Meier-Abt sagt, dass mehr Geld allein das Problem nicht löse. «Es braucht strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen», erklärt er. Man müsse früher die Weichen im Studium stellen. «In den Städten haben wir eine Überversorgung von Spezialisten, auf dem Land

zu wenig Hausärzten», sagt Meier-Abt. Darum solle man auch die Ausbildung neu überdenken.

Ab 2017 will der Bundesrat 100 Millionen Franken zusätzlich in die Ärzteausbildung investieren. Heute steuert er 750 Millionen von 1,2 Milliarden Franken bei, die an die medizinischen Fakultäten bezahlt werden. Schneider-Ammann will mit den zusätzlichen Millionen mehr Mediziner «aus unseren Kulturkreisen und mit unseren Sprachkenntnissen bereitstellen», wie er sagte.

Schweizer Spitäler bekunden zusehends Mühe, deutschsprachige Ärzte zu rekrutieren, und greifen auf fremdsprachiges Personal aus dem Ausland zurück. Kessler fordert daher: «Wenn unsere Patienten in Zukunft in ihrer Muttersprache behandelt werden wollen, müssen die zur Verfügung stehenden Gelder umverteilt werden.» Katharina Bracher